

## **BI Grüngürtel Ober-Eschbach/Gonzenheim diskutiert mit Bad Homburger CDU**

Auf Einladung der BI Grüngürtel e.V. fand ein Gespräch zwischen Vertretern der Bürgerinitiative und der Bad Homburger CDU statt. Seitens der CDU folgten die Herren Bartsch (Vorsitzender der Bad Homburger CDU und Stadtverordneter), Dr. Etzrodt (stv. CDU-Vorsitzender und Stadtverordneter) und Zalud (stv. Fraktionsvorsitzender der CDU in der Stadtverordnetenversammlung) der Einladung. Norbert Tommek, Vorsitzender der Bürgerinitiative, die sich letztes Jahr gegen den Plan gewehrt hatte, an der Kalbacher Straße im Ortsteil Ober-Eschbach ein Krankenhaus zu bauen, erklärte, dass die BI Herrn Bartsch gerne beim Wort nehme, da er nach seiner Wahl zum Vorsitzenden versprochen hatte, mehr Bürgernähe zu zeigen.

Die Gesprächsteilnehmer waren darüber einig, dass die Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung auf der einen Seite und Bürgern auf der anderen Seite in den Monaten von November 2006 bis August 2007 hinsichtlich des neuen Standorts für das Kreiskrankenhaus nicht gut war und zu Verunsicherung und Verärgerung bei den Bürgern geführt habe.

Nach Aussage der CDU Vertreter war die Kalbacher Straße von den drei beschlossenen Standortvorschlägen für die Bad Homburger CDU nicht Wunschstandort, sondern vielmehr letzte Option, um die Klinik in Bad Homburg zu halten. Man hat sich daher gegenüber dem Kreis für einen anderen Standort stark gemacht. Gleichzeitig wurde seitens der CDU anerkannt, dass die BI in der Diskussion um den Standort einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet habe, dass am Schluss eine Entscheidung gegen den Standort an der Kalbacher Straße getroffen wurde.

Nachdem der Landrat des Hochtaunuskreises, Herr Krebs, die Entscheidung getroffen hat, das Krankenhaus östlich des Kronenhofes zu bauen, ist erst einmal Ruhe im Stadtteil Ober-Eschbach eingekehrt. Die BI Grüngürtel ist trotzdem weiter aktiv, wie man auch der neuen Homepage [www.bi-gruenguertel.de](http://www.bi-gruenguertel.de) entnehmen kann. Der BI geht es darum, den Grüngürtel als wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet zu schützen. Im Grüngürtel darf demnach im rechtskräftigen Flächennutzungsplan auf keinen Fall ein Wohngebiet ausgewiesen werden.

Vor diesem Hintergrund wollte die BI wissen, warum die CDU im Wahlkampf 2001 noch versprochen hatte, dass es mit der CDU keine Erweiterung der Bebauung des Römischen Hofes und südlich des Leimenkautgebietes geben wird und dann trotzdem im Jahr 2004 die Felder südlich des Leimenkautgebietes von der Stadtverwaltung im Entwurf des regionalen Flächennutzungsplans für eine zukünftige Wohnbebauung vorgeschlagen wurden. Im Wahlkampf 2006 versprach die CDU erneut, dass es mit der CDU keine Erweiterung der Bebauung des Römischen Hofes geben werde. Im Rahmen der Krankenhauskonzeption wäre die CDU aber letztlich bereit gewesen, die Flächen südlich des Leimenkautgebietes zu bebauen. Die Vertreter der CDU erklärten, dass die CDU weder eine Erweiterung der Bebauung südlich der Leimenkaut noch am Römischen Hof wolle. Die im Entwurf des regionalen Flächennutzungsplan ausgewiesene Wohnbebauung südlich der Leimenkaut sei lediglich als langfristige Reserve zu sehen, da Bad Homburg keinesfalls unter 50.000 Einwohner fallen dürfe und zwar wegen der großen finanzielle Nachteile, die damit für die Stadt verbunden wären.

Die BI erwiderte, dass aber genau diese Felder des Grüngürtels für die Kaltluftgewinnung und damit für die Frischluftzufuhr der Stadtteile Ober-Eschbach und Gonzenheim von entscheidender Bedeutung seien, was allen bisherigen Gutachten zu entnehmen sei. Die BI will deshalb erreichen, dass der Grüngürtel im regionalen Flächennutzungsplan als „Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen“ eingezeichnet wird. Damit wäre eine Bebauung in Zukunft so gut wie ausgeschlossen. Schließlich habe die Diskussion um den Standort für das Krankenhaus gezeigt, dass jederzeit wie aus dem Nichts eine Versiegelung dieses so wichtigen Kaltluftentstehungsgebietes durch Großbauprojekte auf die Tagesordnung kommen könne. Die BI verwies darauf, dass es innerstädtisch genug Flächen gibt, die für Wohnbebauung vorgesehen werden können, so dass eine Mindesteinwohnerzahl von 50.000 in ökologisch unbedenklicher Weise sichergestellt werden könne.

Herr Bartsch versprach, dass die Gremien der CDU darüber beraten werden, ob sie die BI bei ihrem Bemühen um den Erhalt des Kaltluftentstehungsgebietes unterstützen werden. Die BI erklärte, dass sie den Kurs der CDU weiterhin konstruktiv und wenn erforderlich, kritisch begleiten werde.